



Europa-Abgeordnete drängen Staaten zur Ächtung von Streubomben

Abgeordnete aller Fraktionen des Europaparlaments drängen die EU-Staaten, das im Mai in Dublin ausgehandelte Abkommen gegen Streumunition zu unterzeichnen und umgehend in nationale Verbote umzusetzen. Nach einer Aussprache am Mittwoch steht am Donnerstagmittag (20. November) ein entsprechender Resolutionstext in Straßburg zur Abstimmung. Anfang Dezember findet in Oslo die Konferenz zur Unterzeichnung der Konvention statt. Noch sind nicht alle EU-Staaten an Bord.

Das Europäische Parlament hat sich bereits 2004 für ein Streubomben-Moratorium und 2007 für ein weltweites und umfassendes Verbot ausgesprochen.

Der diese Woche zur Abstimmung stehende Resolutionsentwurf begrüßt die von Unterhändlern aus 107 Staaten in Dublin Ende Mai erreichte Einigung auf ein völkerrechtliches Verbot der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes von Streumunition.

Doch erst wenn 30 Staaten das Abkommen ratifiziert haben, tritt es 6 Monate später in Kraft. Die Europa-Abgeordneten appellieren daher an alle Staaten, das Abkommen so bald wie möglich zu unterzeichnen, zu ratifizieren und umzusetzen.

Hilfe für die Opfer

Die Europaparlamentarier werden laut dem von nahezu allen Fraktionen unterstützten Resolutionsentwurf auch „alle EU-Mitgliedstaaten, die Streumunition eingesetzt haben“ auffordern, „Hilfe für die betroffene Bevölkerung bereitzustellen und technische und finanzielle Hilfe für die Räumung und Vernichtung der Rückstände von Streumunition bereitzustellen“.

Das Übereinkommen zur Ächtung von Streumunition ist der vorläufige Höhepunkt einer internationalen Kampagne, die sich nach dem Vorbild der weltweiten Initiative gegen Landminen gebildet hat und auch als *Oslo-Prozess* bezeichnet wird. Vorangetrieben wurde der Oslo-Prozess von einer Koalition aus mehr als 300 zivilgesellschaftlichen Gruppen in aller Welt und den Staaten Norwegen, Österreich, Mexiko, Neuseeland und Peru.

{Einsatz und Wirkung von Streumunition

Streubomben bestehen aus einem Behälter mit bis zu mehreren Hundert Munitionseinheiten, die nach dem Abwurf noch in der Luft freigesetzt werden und etwa so groß sind wie eine Getränkedose. Streumunition kann nur schwer auf bestimmte Zielbereiche begrenzt werden und verteilen ihre Inhalte auf eine Fläche, die sich von der Größe einiger

Fußballfelder bis zu mehreren hundert Hektar erstrecken kann.

Streumunition wird v.a. gegen Infrastruktur und sogenannte „weiche“ militärische Ziele eingesetzt, fordert jedoch stets nahezu unausweichlich Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Sprengkörper, die beim Aufschlag nicht explodieren, stellen ähnlich wie Anti-Personen-Minen auch lange Zeit nach Ende des Konflikts eine tödliche Gefahr für die Zivilbevölkerung dar.

Wer kann und will sich dem Vertrag entziehen?

Der in Dublin vereinbarte Vertragstext wird u.a. von den USA, Russland, China, Israel, Indien, Pakistan und Brasilien nicht mitgetragen. Auch die EU-Staaten Griechenland, Finnland, Lettland, Polen, Rumänien und Zypern haben nach Informationen des Büros der *Cluster Munition Coalition* in London bis dato Vorbehalte geltend gemacht oder zumindest ihre Unterzeichnung noch nicht zugesagt.

Erwartet wird, dass der internationale Druck der von einem Inkrafttreten des Abkommens ausgehen wird – ähnlich wie im Falle des Landminen-Abkommens – auch solche Staaten nicht unberührt lässt, die ihm zunächst nicht beitreten und diese Länder zumindest vom Handel und dem Einsatz der Munition absehen werden.

Die Bundesregierung hat angekündigt, Deutschland werde die Konvention Anfang Dezember in Oslo unterzeichnen, schnellstmöglich ratifizieren und vorhandene Bestände rasch vernichten. Österreich, Belgien und Luxemburg haben Streubomben bereits 2007 als erste Staaten überhaupt durch innerstaatliches Recht geächtet.

Verfolgen Sie die **Fragestunde** zum Verbotsvertrag **Mittwochnachmittag ab ca. 17 Uhr live** über unseren **Webstream**.